№ 548 Abend-Ausgabe
B 272

Berlin

Montag, 19. November 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

50 Milliarden

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3656—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Rheinkampf im Reichstag.

Kanzlerrede im Auswärtigen Ausschuß.

Die heutige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag, die der Beratung über die rheinisch-westfälische Frage gewidmet war, zeigte einen besonderen Stil schon dadurch, daß außer den Ausschußmitgliedern auch die sämtlichen Reichstagsabgeordneten aus den besetzten Gebieten hinzugezogen waren.

Von der Reichsregierung waren mit dem Reichskanzler Innenminister Dr. Jarres, Finanzminister Dr. Luther, der Minister der besetzten Gebiete Fuchs, Verkehrsminister Oeser und als Vertreter des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Dr. Müller erschienen. Der Reichsrat war durch zahlreiche Vertreter der Einzelländer vertreten, darunter durch den preußischen Ministerpräsidenten Braun, den bayerischen Gesandten Dr. Preger, den sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer, den württembergischen Gesandten Hildenbrandt, den badischen Vertreter Dr. Rießer usw. Auch viele Vertreter der einzelnen Reichsministerien, wie der Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn vom Auswärtigen Amt, nahmen an der Beratung teil.

Die Sitzung wurde kurz nach 11 Uhr von dem Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) eröffnet. Er betonte als Selbstverständlichkeit, daß sich der Auswärtige Ausschuß nicht etwa deshalb mit den besetzten Gebieten beschäftige, weil auch nur ein einziges Mitglied den abfurden Gedanken habe, daß es sich bei Rhein und Ruhr um auswärtiges Gebiet handle. Solche Annahme liege dem gesamten deutschen Volk heute und immer fern. Der Auswärtige Ausschuß behandelt vielmehr die Angelegenheiten von Rhein und Ruhr nur deshalb, weil eine Aussprache über die Folgen von deren rechtswidriger Besetzung eng verschlungen mit unsern auswärtigen Beziehungen sei.

Reichskanzler Dr. Stresemann nahm sofort das Wort zu einem eingehenden Referat. Nach ihm sprachen die Abgeordneten Müller-Franken (Soz.), Erkelenz (Dem.), Stinnes (Dt. Vp.), Stöcker (Komm.), Dr. Foerstch (Dtn.) und Dr. Moldenhauer (Dt. Vp.)

Die heute begonnene Verhandlung des Auswärtigen Ausschusses werden sich voraussichtlich über den ganzen Tag erstrecken, da alle Parteien die schwebenden politischen Angelegenheiten und insbesondere die Rheinlandfrage ausführlich zu besprechen wünschen.

Für heute nachmittag haben die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei Fraktionssitzungen berufen, die wohl aber mit Rücksicht auf den Auswärtigen Ausschuß auf den Abend oder morgen vormittag verschoben werden müssen.

Abstimmung nicht vor Freitag.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist auf morgen vormittag 11 Uhr berufen worden, also zwei Stunden vor der Plenarsitzung, um die Dispositionen für die Plenarsitzung zu treffen. Die politische Aussprache kann sich bis zum Freitag erstrecken, wobei allerdings der Dienstag für Fraktionssitzungen freigelassen wird, obwohl die Sozialdemokraten den Wunsch geäußert haben, daß die Plenarsitzung auch am Dienstag nicht ausgesetzt werden möge. Falls der Reichskanzler am Dienstag das Wort nimmt, werden die Fraktionen am Dienstag Gelegenheit nehmen, über die Ausführungen des Reichskanzlers zu beraten. Eine Entscheidung des Reichstags über ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum, falls überhaupt solche Anträge gestellt werden sollten, dürfte also vor Freitag nicht zu erwarten sein. Weitere Sitzungen des Reichstags sind bisher nicht in Aussicht genommen.

Der Streit um die Sanktionsfrage.

Poincaré „mißverstanden".

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 19. November.

Seit dem am Sonnabend nachmittag erfolgten resultatlosen Abschluß des offiziellen Meinungsaustausches zwischen Paris und London und seit der Einberufung eines außerordentlichen französischen Ministerrates für Montag nachmittag haben offiziöse Bemühungen zur Herbeiführung einer Einigung stattgefunden. Die Bemühungen, die auch heute vor Beginn der für 12½ Uhr einberufenen Sitzung der Botschafterkonferenz fortgesetzt wurden, sind scheinbar hauptsächlich das Werk des englischen Botschafters Lord Crewe, der sich persönlich stark für die Aufrechterhaltung des französisch-englischen Entente einsetzt. Von französischer Seite nehmen vor allem der frühere Botschafter in Berlin Cambon und der Vorsitzende der Botschafterkonferenz an diesen offiziösen Beratungen teil.

Am Sonnabend soll in vorgerückter Abendstunde folgende vermittelnde Lösung vereinbart worden sein: Die Verbündeten richten eine gemeinsame Note an Deutschland und verlangen die staffelweise Wiederaufnahme der Militärkontrolle ohne Androhung von Sanktionen. Falls Deutschland diese Forderung nicht erfüllt, werden Sanktionen wirtschaftlicher und administrativer Art im besetzten Gebiet verhängt. Poincaré hat sich, wie verlautet, mit dieser Kompromißlösung einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß die eventuell zu verhängenden Sanktionen in der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz festgelegt werden, auch, wenn auf ihre Erwähnung in der Note an die deutsche Regierung verzichtet wird. Die Frage war Sonntag vormittag, ob England diesen Wunsch Poincarés erfüllen wird. In denjenigen französischen Kreisen, nach deren Ansicht die Aufrechterhaltung der Entente unbedingt erforderlich ist, rechnete man zuversichtlich auf die Zustimmung Englands, obgleich man wußte, daß England die ganze Sanktionsfrage bis zur Beantwortung der neuen Note durch Deutschland zurückgestellt sehen wollte.

Sonntag mittag hielt Poincaré dann die Denkmalsrede in Neuilly und hat es sich dabei nicht versagt, nachdrücklich zu betonen, daß nach seiner Ansicht Sanktionen notwendig seien und auch verhängt werden, falls die Forderungen Frankreichs nicht erfüllt werden. In London ist diese Aeußerung Poincarés, die offenbar vor allem die französischen Nationalisten befriedigen sollte, allem Anschein nach als Herausforderung empfunden worden. Das Ergebnis war, daß der englische Botschafter gestern abend Cambon mitteilen mußte, die Londoner Regierung lehne die sofortige Festsetzung von Sanktionen ab. Eine Reuter-Note machte diese Entscheidung Englands sofort unter Hinweis auf die Rede Poincarés öffentlich bekannt.

Allem Anschein nach hat die französische Regierung dem englischen Botschafter noch gestern abend mitteilen lassen, daß die Rede Poincarés in London „falsch ausgelegt" worden ist. Der Botschafter soll auf jeden Fall nach seiner letzten Unterredung mit Cambon neue Instruktionen aus London erhalten haben. Eine gewisse Aussicht auf eine Kompromißverständigung besteht also fort.

Die Gefahr eines offiziellen Bruches beunruhigt einflußreiche Kreise in Frankreich, die sich offenbar bemühen, Poincaré zu größerer Mäßigung zu bestimmen. Es verdient Beachtung, daß der „Temps" in seinem Sonntagsleitartikel energisch für die Aufrechterhaltung der Entente eintritt. Auch der „Gaulois" und andere Organe empfehlen größeres Entgegenkommen Frankreichs. Die nationalistischen Organe und das clemenceistische „Echo National" sind dagegen bemüht, Poincaré zu größter Unnachgiebigkeit zu drängen. Vardouz gibt Poincaré in der „République Française" den Rat, den Zusammentritt einer Konferenz aller Unterzeichner des Vertrages in Brüssel vorzuschlagen, um auf diese Weise mit Hilfe Belgiens und der kleinen Entente sowie Polens zu einer Kollektivaktion gegen Deutschland zu gelangen, zu der die Botschafterkonferenz sich vorläufig nicht entschließen werde.

*

Poincaré hat sich auch sonst in Neuilly so ausgedrückt, daß er nachträglich berichtigt werden muß. Havas veröffentlicht heute folgende offiziöse Note: „Gewisse Blätter scheinen den Sinn der Worte, die der französische Ministerpräsident gestern in seiner Rede in Neuilly ausgesprochen hat, nicht verstanden zu haben. Er hat erklärt: „Wir sind im übrigen entschlossen, die auf Grund des Friedensvertrages besetzten Gebiete nicht zu räumen, bevor nicht alle in dem Versailler Vertrage unterzeichneten Klauseln vollkommen erfüllt sind." Diese Worte bezogen sich auf die besetzten Gebiete am linken Rheinufer und auf die Brückenköpfe. Es verlautet sich von selbst, daß sie sich nicht auf das Ruhrgebiet beziehen können, über das keinerlei Entscheidung getroffen werden kann ohne ein vorheriges Uebereinkommen zwischen Frankreich und Belgien.

Konferenz der Kleinen Entente.

* **Belgrad**, 17. November.

Mit Rücksicht auf die Verworrenheit der Lage in Mitteleuropa ist es zwischen den Kabinetten der Kleinen Entente zu einer Vereinbarung gekommen, wonach deren Staatsmänner am Anfang des kommenden Jahres, voraussichtlich zwischen dem 10. und 12. Januar, in Belgrad zu einer Entrevue zusammentreten sollen.

Stresemanns neuer Sieg.

Die Austragung der innerpolitischen Gegensätze und Konflikte, die in dieser Woche erfolgen, ist gestern eingeleitet worden durch die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei. Ehe Dr. Stresemann vor den Auswärtigen Ausschuß und vor den Reichstag trat, um sich dort mit den Parteien der Opposition auseinanderzusetzen, wollte er Klarheit im eigenen Lager, in der Deutschen Volkspartei, schaffen.

Die Initiative zur Einberufung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei ist von ihm ausgegangen; und es ist mehr als begreiflich, daß der Führer der Deutschen Volkspartei das Bedürfnis hatte, endlich einmal sich offen mit seinen Gegnern in der eigenen Partei und in der eigenen Fraktion auseinanderzusetzen. Die Quertreibereien des unter schwerindustriellem Einfluß stehenden Flügels der Deutschen Volkspartei sind ja nicht jüngsten Datums. Schon auf dem Nürnberger Parteitag hat Dr. Stresemann eine reinliche Scheidung der Geister herbeizuführen versucht. Sie ist ihm nicht geglückt, weil seine Gegner einer offenen Feldschlacht auf dem Boden des Parteitags auswichen und ihren Kampf lieber in den vertraulichen Sitzungen des Parteivorstandes und im Fraktionszimmer führten. Damals galt er nur dem Führer der Partei und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, der sich zur Volksgemeinschaft und der Großen Koalition bekannte. In der letzten Zeit wurde er gegen den Reichskanzler Stresemann geführt und war darum schon politisch bedeutsamer und gefährlicher. Der schwerindustrielle Flügel der Deutschen Volkspartei hat im September — gleichzeitig mit den bekannten illegalen Vorgängen im Reich — jene Krise der Großen Koalition herbeigeführt, die nur durch das kluge und energische Eingreifen der Demokraten nicht auch zur Sprengung der Regierungsmehrheit führte — die dann einige Wochen später doch erfolgte. Er hat nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung die schon vorher angeknüpften Fäden zu den Deutschnationalen fester geknüpft und den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, selbst um den Preis der Opferung des Parteiführers, erzwingen wollen.

Nun hat der Zentralvorstand und damit die Deutsche Volkspartei gegen die Quertreiber und für Stresemann entschieden, mit einer so überwältigenden Mehrheit, daß man von einem großen persönlichen Erfolg Dr. Stresemanns sprechen muß. Mit 212 gegen 11 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

> „Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Stresemann volles Vertrauen aus. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen eine Aenderung in der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustandezubringen, sieht er in der Zusammenfassung der zurzeit das Kabinett stützenden Parteien unter Führung des Reichskanzlers Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine geordnete politische Weiterarbeit. Weiter nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Scholz Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist davon überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen wird."

Unter den 11 Stimmen, die gegen Dr. Stresemann abgegeben wurden, befanden sich auch die zweier Mitglieder der Reichstagsfraktion, der Abgeordneten Quaaß und Marxsen. Es ist nicht bekannt, ob alle Mitglieder der Reichstagsfraktion an der Sitzung teilgenommen haben und ob Stimmenthaltungen erfolgt sind, ob also nur diese beiden Abgeordneten der Partei gegen Dr. Stresemann votiert haben. In der Fraktion hat sich der rechte Flügel jedenfalls stärker gezeigt. Sind die anderen unter dem Eindrucke der Rede des Reichskanzlers wieder zu ihm abgeschwenkt oder haben sie es nur für inopportun gehalten, gegen den Parteiführer offen Front zu machen?

Die Sitzung des Zentralvorstandes hat jedenfalls nicht mit dem Austritt der Opposition, nicht mit der Spaltung der Partei, nicht mit der reinlichen Scheidung der Geister geendet. Vielleicht weil sich der rechte Flügel damit zufrieden gegeben hat, daß der Zentralvorstand sich, wenn auch in indirekter Form, zu einer Koalition mit den Deutschnationalen bereit erklärt hatte. Denn unter der größeren Basis für das Kabinett, von der in der Resolution die Rede ist, kann man nach Lage der Dinge doch wohl nur die bürgerliche Koalition mit Einschluß der Deutschnationalen verstehen, die die Herren Quaaß und Marxsen erstreben. Der persönliche Erfolg, den Dr. Stresemann gestern erfochten hat, besteht darin, daß die Deutsche Volkspartei es ablehnt, ihren Führer auf dem Altar dieser Waffenbrüderschaft zu opfern, daß sie erklärt, die Person des bewährten Kanzlers irgend welchen Forderungen anderer Parteien nicht zum Opfer bringen und die Politik Dr. Stresemanns restlos unterstützen zu wollen. Er hat nun die Partei, hat die Fraktion hinter sich; und so bedenklich es auch ist, daß die Minierer der Deutschnationalen in der Fraktion bleiben, für einige Zeit werden sie jetzt wohl Ruhe geben müssen. Parlamentarisch wäre es für den Reichskanzler sicherlich eine Entlastung ge-